

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Diens-
tags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis viertelj. 1 Mk. 50 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.
Einzeln Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Insertionspreis 10 Pf. pro dreizeh-
spaltene Corpuzzeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma D. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 132.

Donnerstag, den 7. November

1895.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Händlerin **Caroline Wilhelmine Bretschneider** in **Rothschönberg** ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf den

4. Dezember 1895, Vormittags 9 Uhr

vor dem königlichen Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
Wilsdruff, den 5. November 1895.

Beifh. Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Aus Deutschlands großer Zeit.

Erinnerungen zum 25jährigen Jubiläum des Krieges 1870/71.
Von Eugen Röhden.
(Nachdruck verboten.)

36.

Frankreich im Oktober-November 1870.

(Fortsetzung.)

Das einzige, was von seiten der neutralen Staaten geschah und geschehen konnte, war die Möglichkeit eines Waffenstillstandes anzubahnen zu helfen, während dessen in Frankreich Wahlen stattfinden konnten und das Land seinen Willen bezüglich des Friedens kund geben konnte. Von deutscher Seite hatte man daran ein entschiedenes Interesse; nur so war es möglich, zu einer Verständigung mit einer legitimen Regierung zu kommen. Graf Bismarck erklärte dies in einer Denkschrift vom 4. November, indem er zugleich die schreckliche Lage darlegte, in welche ein zu lange fortgesetzter Widerstand die 2 Millionen der Pariser Belagerung bringen würde; es wäre bei einem bis zum äußersten ausgehenden Widerstand nicht möglich, dann Lebensmitteln in genügender Menge und zur rechten Zeit zur Stelle zu schaffen. Er wies auch auf die geringen Aussichten des Widerstandes hin; in den Gefechten, die bis dahin vor Paris stattgefunden hatten, hatten die französischen Truppen nicht einmal vermocht, auch nur die vorderste Linie der Garnisonstruppen zurückzuwerfen. Am 10. November erwiderte Gambetta das Rundschreiben, indem er betonte, die Gefechte seien für Frankreich siegreich gewesen, die preussische Armee leide selbst Mangel, sie sei entkräftigt und demoralisiert etc. Auch Frankreich wünsche den Frieden und dieser müsse ein dauerhafter sein.

Für Deutschland war es ein kritischer Augenblick. War die französische Regierung klug genug, durch Ausschreibung von Wahlen das Land zu befragen, so kam es wahrscheinlich sehr bald zum Frieden, der dann sicherlich kein dauernder sein konnte. Die Nation hätte die Niederlagen dem Kaiserreich und dem „Vertrathe“ aufgebürdet, sich selbst und ihr Paris für unbesiegbar gehalten und binnen kurzem sich auf einen neuen Krieg, einen Krieg der Rache gerüstet. Indes war nicht nur die französische Regierung selbst unklug genug, nicht an die Zukunft zu denken, sie war auch allzusehr abhängig von jenen Elementen der Straße, der sie ihr Bestehen zu danken hatte.

Am 30. Oktober erschien mit Geleitbriefen der Regierung von Tours versehen, Thiers in Versailles, begab sich nach Paris, um dort die nötigen Vollmachten zu holen und kehrte dann nach Versailles in's feindliche Hauptquartier zurück, wo nun die Waffenstillstandsfrage zwischen ihm und dem Bundeskanzler in mehrfachen Unterredungen verhandelt wurde. Bismarck erklärte sich bereit, einen Waffenstillstand von 25 Tagen auf Grund des einfachen augenblicklichen Standes der Dinge abzuschließen. Während des Waffenstillstandes sollten in Frankreich die Wahlen zu einer Nationalversammlung stattfinden, für welche deutscherseits jede Erleichterung gewährt wurde; auch im Elsaß sollte gewählt werden. Indes Bismarck kannte seine Leute; die französische Regierung, welche dieses Entgegenkommen wohl als Schwäche auslegen mochte, instruierte ihren Unterhändler, nun auch die Verproviantierung von Paris für die Dauer dieses Waffenstillstandes zu verlangen. Man muß Bismarck bewundern, daß er gegenüber dieser naiven Annahme ruhig blieb.

Wie gesagt handelte die Regierung nicht mehr frei; sie war abhängig von jenen Leuten, welchen sie beständig der Unbesieglichkeit Frankreichs, die Unmöglichkeit der Einnahme von Paris, den Berath der Generale vorgehalten, denen sie die Niederlagen als Siege ausposaunt hatte. Sehr richtig fragten diese Elemente, wozu der Waffenstillstand solle, wenn die deutsche Armee dem Hungertode nahe und aufgetrieben sei. Die Führer jener Rehn des Volkes glaubten jetzt ihre Zeit als gekommen. Am 31. Oktober nachmittags, als die Regierung auf dem Stadthaus versammelt war, erschien zunächst eine Deputation, welche jedoch nur die Avantgarde der jetzt rasch und unaufhaltsam einbrechenden Pöbelmasse war. Nach einer mehrstündigen wilden Scene war glücklicherweise wieder einmal eine provisorische Regierung ernannt, bestehend aus grimmigen Fanatikern, wie Florens, Milliers, Delescluze, Planqui, Felix Pyat, unter denen selbst

in Rochefort nicht mehr als voll galt. Die Mitglieder der Regierung wurden als Geiseln behalten; ihr Leben hing an einem Faden und es ist wie ein Wunder, daß sie es behielten. Am 8. Uhr wurden einige von ihnen, Trochu, Arago, Ferry durch einen muthigen Angriff eines Bataillons Nationalgarde befreit, in dem Getümmel entkam auch Picard, der seinen Kopf soweit besammeln hatte, um nun Generalmarch schlagen zu lassen und eine Anzahl zuverlässiger Nationalgardien zusammenzubringen, denen es dann auch spät in der Nacht gelang, die Männer von Belleville, welchen Arbeiterovert die Nothe größtentheils angehörte, zu vertreiben und die übrigen Regierungsglieder zu befreien. Diese hatten, namentlich Julius Faure, unter den Händen der Auführer einen rühmlichen persönlichen Muth bewiesen; sie waren jedoch nach Beendigung des Aufstandes nicht entschlossen genug, energisch gegen die Hochverräter vorzugehen. Die Regierung ließ sich vielmehr durch eine allgemene Volksabstimmung ein Vertrauensvotum geben, konnte aber nicht wagen, unter solchen Umständen einen Waffenstillstand abzuschließen, der dem Verrathgeschrei neue Nahrung gegeben haben würde und von dem übrigens Gambetta nichts wissen wollte.

So kam es, daß die Waffenstillstandsverhandlungen abgebrochen wurden und der Krieg bis zum Neujahr proklamirt ward. Deutscherseits konnte man mit diesem Ergebnis zufrieden sein. Man konnte jetzt, einmal an der Arbeit, keine Bahn machen, und wenn dann einmal diese Unterscheidung beliebt wurde, Frankreichs Republik militärisch vernichten, wie man es als Kaiserreich militärisch vernichtet hatte.

37.

Der Festungskrieg II.

Neben der Einschließung von Paris und dem offenen Feldkriege mußte die Aufgabe der deutschen Heeresleitung sein, die zahlreichen Festungen, welche die Märsche und Verproviantierung der deutschen Truppen hinderten, in ihre Hand zu bekommen. Der Festungskrieg stellte an die deutschen Truppen und Führer um so höhere Anforderungen, als für denselben aus dem Gesamtanfangsbot deutscher Heere nur verhältnismäßig geringe Truppenmassen verwendet werden konnten.

Am 24. Oktober fiel Schleißbadt, als Festung von geringer Bedeutung. Obgleich die Besatzung gering und der Platz schwach war, hatte doch der Kommandant Graf Reinach die Uebergabe mit den stolzen Worten „meine Bedingungen werden die Kanonen sein“ abgelehnt. Als aber 56 schwere Kanonen und Mörser angelazert waren und in dem ersten ausgehobenen Aufgraben die Kanonen aufgestellt wurden, ergab sich die Festung am nächsten Tage. In der Stadt herrschten ständliche Zustände; Volkshäuser und betrunkenen Soldaten durchheulten die Gassen, unbeschlammert um die ausgebrochenen Feuerbrünste, welche erst von den deutschen Pionieren gelöscht wurden. Erstbeutet wurden 120 Geschütze und 7000 Gewehre. Der Verlust der Deutschen während der Belagerung betrug 20 Mann.

In der Reihe folgt nun der Fall von Metz, am 27. Oktober, der der Vollständigkeit halber hier nochmals aufgeführt sei. Die Festung Verdun, welche die Hauptlinie der nach Deutschland führenden Bahnen in einer für die deutsche Verproviantierung, Munitionsversorgung und anderer höchst unangenehm fühlbaren Weise durchschnit, war bereits seit längerer Zeit Gegenstand des deutschen Angriffes. Die Festung hatte eine Besatzung von 6000 Mann, lag aber, rings von Höhen umgeben, in einem Thale und bot deshalb für hinreichend starke Geschütze ein gutes Ziel. Nach dem mislungenen Handstreich seitens der Sachsen am 24. August war die Festung nur beobachtet und erst am 23. September völlig eingeschlossen worden. Am 26. September wurde die Festung mit Feldgeschützen beschossen, nachdem mehrere Ausfälle der Besatzung siegreich abgewiesen worden waren. Am 13. Oktober waren schwerere Geschütze eingetroffen und nun donnerten 52 Geschütze gegen die Festung. Der überlegenen französischen Festungs-Artillerie gelang es jedoch schon im Anfang des Angriffes, die im Westen angelegten Batterien niederzubalten und auch der Infanterie bedeutende Verluste beizubringen. Ein sehr energischer Ausfall am 20. Oktober hatte bedeutenden Erfolg; eine Höhe wurde von den Ausfalltruppen erobert, die Belagerer wurden im Westen gänzlich zurückgedrängt und 12 Geschütze zerstört, deren Zurückziehung wegen des auf-

geweichten Lehmbodens nicht mehr möglich gewesen. Indes wurden nach und nach 102 große Belagerungsgeschütze herangebracht und es sollte nunmehr ein durchgreifender Angriff eröffnet werden. Diesen wartete jedoch der Commandant General Guérin de Walderbach nicht ab, vielmehr bat er am 3. November um Waffenstillstand, an welchen sich am 5. November die Kapitulations-Verhandlungen schlossen. Am 8. November kam die Kapitulation zu Stande und am 9. November wurde die Festung übergeben. 2 Generale, 11 Stabs-, 150 andere Offiziere und 4000 Mann wurden kriegsgefangen; erbeutet wurden 136 Geschütze und 23 000 Gewehre. (Fortf. f.)

Tagesgeschichte.

Berlin. Der König von Portugal ist am Montag mittels Sonderzuges um 9 Uhr 40 Minuten von der Wilmersdorfer Station abgereist. Der Kaiser und der König waren im offenen Wagen vom Neuen Palais gekommen. Beim Abschiede umarmten und küßten sich beide Monarchen. Der Kaiser trug portugiesische, der König preussische Uniform. Auf dem Bahnhofe waren anwesend: Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der Erprinz und Prinz Karl von Hohenzollern, sowie die übrigen in Potsdam anwesenden Prinzen, ferner eine Deputation des 20. Regiments.

Am Sonnabend Nachmittag stattete der König von Portugal dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe-Schillingensfürst einen Besuch ab, welcher über eine halbe Stunde währte. Dem Reichskanzler ist das Großkreuz des portugiesischen Thurm- und Schwertordens mit der Kette verliehen worden.

Berlin kann Anspruch darauf machen, das größte Geschäftshaus zu besitzen, wie es selbst das in dieser Beziehung vorbildliche Amerika nicht aufzuweisen hat. Das Haus ist an Stelle der 21 Häuser in der Kaiser-Wilhelm-, Rosen- und Neue Friedrichstraße entstanden und hat eine Front von 250 m. Dieser Bau besteht aus Erdgeschöß und vier Stockwerken, jedes mit 53 hohen, breiten, zum größten Theil ersterartig angelegten Fenstern. 24 Fahrstühle (8 für Personen und 16 für Lasten) mit elektrischem Betriebe sind vorhanden. Der Riesenbau, der lediglich aus Stein, Eisen und Glas besteht, umfasst, wie der „Konf.“ meldet, 40 in sich abgeschlossene Abtheilungen, die nur für Geschäftszwecke bestimmt sind.

Die Agitation für die Einführung des Befähigungsnachweises hat in den Kreisen der Handwerker trotz der Beschlüsse der Juli-Konferenz nicht nachgelassen. Jetzt sind die Berliner Innungsmeister entschlossen, der Regierung eine Petition zu unterbreiten, einen Termin festzusetzen, an dem sie bereit sei, den Befähigungsnachweis gesetzlich einzuführen. Zu diesem Zwecke soll für den 14. November eine Versammlung aller Berliner Handwerksmeister einberufen werden. Die Tagesordnung dieser Versammlung wird in einer Sitzung der ständigen Deputation des „Innungsaussschusses der vereinigten Innungen zu Berlin“ festgesetzt werden.

Die sozialistischen Mitglieder des Reichstags in Dänemark haben einen Antrag eingebracht, welcher bezweckt, den achtstündigen Arbeitstag gesetzlich zu normiren. Nach diesem Antrage sollen die neuen Gesetzesbestimmungen auf alle Personen, die über 14 Jahre alt sind und in anderer Dienst Arbeit ausführen, und zwar auch auf Personen, die in Comptoirs angestellt sind oder im Dienste des Staates oder der Kommune stehen, Anwendung finden.

Paris, 4. November. Deputirtenkammer. Ministerpräsident Bourgeois verlas heute die Erklärung der Regierung, in welcher es heißt: Wir werden den Willen der Kammer gehorchen, indem wir über die durch die Tagesordnung Rouanet hervorgerufenen Thatsachen die weitere Untersuchung eröffnen. Wir werden die gerichtlichen Untersuchungsakten veröffentlichen, um dem Parlamente zu ermöglichen, ein politisches Urtheil abzugeben, welches diesen Thatsachen gegenüber am Plage ist. Wir werden eine Vorlage einbringen, welche es den Parlamentsmitgliedern bei Strafe des Verlustes ihres Mandates untersagt, an Verwaltungsräthen von Gesellschaften, welche mit dem Staat Verträge schließen, theilzunehmen. Betreffs der gerichtlichen Untersuchung werden wir eine gewisse Deffentlichkeit verlangen.